

# Die wollen nur deutsche Jobs? Gut so!

Wirtschaftsflüchtlinge sind in Deutschland nicht willkommen.

Das könnte sich noch rächen VON CATERINA LOBENSTEIN

**N**eulich saßen sie wieder auf dem Zaun und wollten rein. 600 Männer aus dem südlichen Afrika, mit Träumen im Kopf und Nägeln an den Schuhen. Sie hatten ihre Sohlen zu Steigeisen präpariert, sie warfen Kletterhaken aus und krallten sich an den Maschen fest, sie stemmten sich in die Höhe und rissen sich die Haut am Nato-Draht kaputt. Mitte Februar war das, an der Grenze zur spanischen Exklave Melilla in Nordafrika. Bis zu sechs Meter ist der Grenzzaun dort hoch, gesichert durch Bewegungsmelder, Alarmsignale und kleine Düsen, die Tränengas versprühen. 35 der 600 Flüchtlinge schafften es über den Zaun, auf den Boden der EU.

Wer vor Krieg oder politischer Verfolgung flieht und die EU betritt, hat ein Recht auf humanitären Schutz. Nicht alle Menschen aber, die in Melilla über die Zäune klettern, die im Osten der EU durch die Grenzflüsse waten und vor Lampedusa in maroden Kähnen treiben, fliehen vor Krieg. Viele fliehen einfach nur vor Armut. Vor Hungerlöhnen. Vor dem Mangel an Arbeitsplätzen, der jeden Zukunftsplan vereitelt. Sie fliehen, weil sie wollen, dass ihre Kinder es einmal besser haben als sie selbst. Und wir tun so, als wäre das kriminell.

Die deutsche Einwanderungsdebatte verläuft entlang einer Linie, die Menschen in gute und schlechte Flüchtlinge teilt. Die guten Flüchtlinge sind »echte« Flüchtlinge: Kriegsoffer und politisch Verfolgte. Die Familie aus dem zerbombten Aleppo, der Dissident aus Teheran, das gefolterte Mädchen aus Afghanistan. Die schlechten Flüchtlinge sind Menschen, die nicht nach Frieden suchen, sondern nach Wohlstand, sie sind sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge: der arbeitslose Anstreicher aus dem Kosovo, der von Dürren geplagte Bauer aus dem Senegal, der perspektivlose Student aus Tunesien.

Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte sollen Schutz bekommen, darüber ist Deutschland nahezu einig, bis ins rechte Lager hinein. Sogar die Organisatoren von Pegida schreiben in ihrem Manifest, das sei »Menschenpflicht«. Wirtschaftsflüchtlinge dagegen sind unerwünscht, auch im etablierten politischen Milieu: »Wer aus rein wirtschaftlichen Gründen das Recht auf Asyl als Einwanderungsrecht missbraucht, muss Deutschland zügig wieder verlassen«, sagte CSU-Chef Horst Seehofer auf der Klausurtagung seiner Partei im Januar.

## Wer kommt, um zu arbeiten, wird als Schmarotzer dämonisiert

Auf den Pegida-Demos in Dresden, in den Foren von *ZEIT ONLINE* und *Bild.de*, an den Kaffeetafeln ganz normaler Bildungsbürger gilt der Wirtschaftsflüchtling als Migrant mit fragwürdigen Motiven. Als »Asylbetrüger« und »Scheinasylant«, als »Schmarotzer«, der den »echten Flüchtlingen« den Platz im Asylbewerberheim wegnimmt. Schlägt man das Wort Wirtschaftsflüchtling im Duden nach, steht dort: »abwertend«. Es ist zum Schimpfwort geworden. Ein Schimpfwort, das übertönt, was Bevölkerungsexperten seit Jahren sagen: dass wir Menschen, die nach Wohlstand streben, nicht fürchten müssen. Sondern dass wir sie brauchen.

Ein Wirtschaftsflüchtling ist, nüchtern betrachtet, nichts weiter als ein Arbeitsmigrant. Ein Mensch, der sein Land verlässt, weil er anderswo mehr verdienen kann. Ein rationaler Akteur in der globalisierten Welt, deren Geflecht aus Wirtschaftsbeziehungen nicht nur funktioniert, weil die Waren, sondern auch weil die Menschen wandern.

Viele wirtschaftliche Blütephasen der Vergangenheit wären ohne den Wirtschaftsflüchtling als Entwicklungshelfer nicht möglich gewesen. Die rund 500 000 »Ruhrpolen«, die im 19. Jahrhundert aus Schlesien ins Ruhrgebiet kamen und dort in Zechen

und Fabriken schufteten, waren Wirtschaftsflüchtlinge. Ebenso die fünfzehn Millionen Deutschen, die vor dem Ersten Weltkrieg vor Hunger und Armut in die USA auswanderten und dort den Acker bestellten, die Spanier und Türken, die in den 1960er Jahren als »Gastarbeiter« nach Deutschland kamen und an den Fließbändern der Autofabriken das Wirtschaftswunder beschleunigten. Und sind nicht die Motive der 140 000 Deutschen, die 2013 ausgewandert sind, der Krankenpfleger zum Beispiel, die in die Schweiz zogen, jenen sehr ähnlich, aus denen heute Ausländer in Deutschland ihr Glück versuchen? Auch sie wollen mehr Geld verdienen.

Für EU-Bürger ist es eine Selbstverständlichkeit, im Ausland ein besseres Leben zu suchen. Die Amerikaner haben sich das Streben nach Glück, den Passus vom »pursuit of happiness«, sogar in ihre Verfassung geschrieben. Der Senegalese aber, der in Melilla über den Zaun klettert, der Kosovo-Albaner, der in Ungarn durch den Grenzfluss schwimmt, wird als betrügerischer Schmarotzer dämonisiert. In den Augen vieler deutscher Steuerzahler strebt er nicht nach Glück, sondern nach Hartz IV.

**Das Tor zum Arbeitsmarkt ist schwerer zu erklimmen als der Grenzzaun der EU**

Schuld daran ist vor allem der rechtliche Status des Wirtschaftsflüchtlings. Denn er beantragt kein Arbeitsvisum, sondern Asyl. Eine Arbeitserlaubnis ist für Menschen aus Nicht-EU-Ländern schwer zu bekommen. Sie müssen noch vor der Einreise einen Arbeitsvertrag vorlegen, in der Regel mit einem Jahreseinkommen von mindestens 48 400 Euro brutto – fast doppelt so viel, wie mancher Facharbeiter in Ostdeutschland verdient. Das Tor zum deutschen Arbeitsmarkt ist für viele Einwanderer schwerer zu erklimmen als der Grenzzaun von Melilla. Als »Anwerbestopp mit Ausnahmen« bezeichnet die OECD die deutsche Einwanderungspolitik, seit

Jahren kritisieren Migrationsexperten den abgeriegelten deutschen Arbeitsmarkt. »Es gibt zu wenige oder doch zu wenig erkennbare legale Zuwanderungswege nach Europa«, sagt der Migrationsforscher Klaus Jürgen Bade. »Viele versuchen es deshalb über das Nadelöhr Asyl.«

Einmal als Asylbewerber registriert, kann der Wirtschaftsflüchtling nur verlieren: Kommt bei der Prüfung seines Antrags heraus, dass er nicht vor Krieg und Verfolgung flieht, sondern vor Armut, wird der Antrag abgelehnt. Bei den Kosovo-Albanern, die gerade zu Tausenden über die serbisch-ungarische Grenze kommen und sich nach Deutschland durchschlagen, liegt die Quote der abgelehnten Asylanträge bei 99,7 Prozent. Bei den Ghanaern und Senegalesen, die in Melilla auf die Zäune klettern, werden die Anträge gar nicht mehr geprüft. Ghana und der Senegal gelten genau wie Serbien, Bosnien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten. Wer von dort nach Deutschland flieht, wird pauschal abgelehnt. Wer trotzdem in Deutschland bleiben will, muss untertauchen. Dann wird aus dem Wirtschaftsflüchtling ein Krimineller.

Das ist nicht nur für die Flüchtlinge ein Problem, sondern auch für uns. Wenn wir weiter in Wohlstand leben wollen, wenn unsere Wirtschaftsleistung wachsen soll, sind wir auf die Menschen auf den Zäunen angewiesen, denn Deutschland altert. Damit es ausreichend junge Menschen gibt, die künftig die Rentenkassen füllen, brauchen wir laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis 2050 jedes Jahr mindestens 400 000 zusätzliche Arbeitskräfte. Momentan reicht der Arbeitskräfte-Nachschub aus: 2013 gab es ein Einwandererplus von 500 000 Menschen. Etwa drei Viertel davon kamen aus der EU, darunter Krankenpfleger aus Polen, Ärzte aus Bulgarien, Kellner aus Spanien und Griechenland. Sie flohen vor der Euro-Krise, vor Hungerlöhnen und hoher Arbeitslosigkeit. Sie kamen, um in Deutschland ein bes-

seres Leben zu führen. Legale Wirtschaftsflüchtlinge, wenn man so will.

Was aber, wenn sich die Krisenstaaten in Südeuropa erholen? Wenn die Einwanderung aus Bulgarien und Rumänien nachlässt, wofür es 2013 bereits erste Anzeichen gab? »Wir werden dann Zuwanderer aus anderen Teilen der Welt holen müssen«, sagt Klaus Jürgen Bade. »Aus Afrika, Asien, Indien.« Das Problem ist nur: Genau das gelingt Deutschland nicht.

Seit gut zwei Jahren versucht die Bundesregierung, mit der Blue Card Fachkräfte anzulocken, einem Visum für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Ländern. Sie startete eine Kampagne namens *Make it in Germany*, sie ließ Plakate und Flyer drucken. Aber die IT-Experten aus Indien und die Ärzte aus Jordanien ziehen lieber in englischsprachige Länder.

Besonders hart trifft das Betriebe im wirtschaftlich starken Süden Deutschlands. In Bayern blieben 2014 in Handel, Industrie und Handwerk 30 000 Ausbildungsplätze und Zehntausende Arbeitsstellen unbesetzt. Gleichzeitig kamen mehr als 35 000 Asylbewerber nach Bayern. Ginge es nach der Bundesregie-

rung, müssten die bayerischen Betriebe vergeblich darauf warten, dass Blue-Card-Besitzer oder EU-Bürger sich auf die Stellen melden. Sie werben stattdessen um Asylbewerber – die dürfen mittlerweile schon nach drei Monaten in Deutschland arbeiten. Die Münchner Handwerkskammer vermittelt seit August 2014 junge Asylbewerber in Ausbildungsbetriebe. Sie werden Elektroinstallateure, Heizungstechniker, Klempner.

Wie gut die Flüchtlinge ausgebildet sind, ob sie Kriegsflüchtlinge sind oder Wirtschaftsflüchtlinge, spielt offenbar keine Rolle. »Wir können jeden gebrauchen, der was lernen will und handwerklich geschickt ist«, sagt Jens Christopher Ulrich, der Sprecher der Handwerkskammer. Ein Problem sei eher, dass sich die Ausbildung für Betriebe langfristig nicht lohnt, weil die Lehrlinge jederzeit abgeschoben werden können. »Wir fordern, dass die Asylbewerber für die Zeit ihrer Ausbildung und für mindestens zwei weitere Berufsjahre in Deutschland bleiben können«, sagt Ulrich. »Motivierte Leute darf man doch nicht wegschicken.« Es brauchte eine Einwanderungspolitik, die das Streben nach Wohlstand nicht nur als legitim be-

trachtet, sondern als legal. Die Schutzbedürftigen Asylbietet – und Arbeitsmigranten einen Job.

Doch während bayerische Betriebe um Flüchtlinge werben, schüren bayerische Politiker Ressentiments. »Wir sind nicht das Sozialamt der Welt«, rief Horst Seehofer, als er vergangene Woche beim politischen Aschermitwoch der CSU über Wirtschaftsflüchtlinge sprach. Eine Parole, die auch bei Pegida gerufen wird. In Deutschland gibt es im Schnitt alle drei Tage eine Kundgebung gegen Asylbewerber. Längst wird dort nicht mehr »Ausländer raus!« gerufen. Es wird auf Wirtschaftsflüchtlinge geschimpft. Der Hass kommt differenziert daher.

Auch in Hamburg gab es Ende Januar eine Demonstration – von Flüchtlingen. Es waren Männer, die aus Afrika nach Deutschland kamen, über den Zaun oder über das Mittelmeer. Ihre Forderung war nicht: Wir wollen Hartz IV. Ihre Forderung war: Wir wollen arbeiten.

Siehe auch **Glauben & Zweifeln, Seite 56:**  
Ein Plädoyer für das Kirchenasyl